

Antrag 157/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR endlich anerkennen**

1 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen
2 aus der DDR in die BRD, entstand in den 1960er Jah-
3 ren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967
4 und 1986 wurden daraufhin Abkommen zur „Ausbildung
5 und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“ zwischen
6 der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaat-
7 ten“, wie Algerien, Mosambik, Angola, China, Kuba, Viet-
8 nam, Ungarn und Polen abgeschlossen.
9
10 Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in
11 der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen lebten auf sehr
12 engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und
13 waren sowohl im Betrieb als auch im Alltag vom Rest der
14 Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und ausgeschlos-
15 sen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von
16 zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von Famili-
17 enangehörigen war fast ausnahmslos verboten. Wurden
18 Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine
19 direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwan-
20 gerschaftsabbrüchen gedrängt.
21
22 Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik
23 der DDR können am Beispiel der Vertragsarbeitenden aus
24 Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine
25 vertragliche Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60%
26 des Lohns der Arbeiter*innen einbehält, um angebliche
27 Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Be-
28 trag sollte, so das Versprechen, den Mosambikaner*innen
29 in ihrer Heimat zugutekommen, doch diese Auszahlung
30 fand bis heute nicht statt. Bis heute kämpfen die ehema-
31 ligen Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Akti-
32 vist*innen gehen von einer Summe von umgerechnet über
33 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter*innen zusteht.
34 Auch Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambika-
35 nische Rentensystem überführt werden sollten, sind bis
36 heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambika-
37 ner*innen leben bis heute in prekären Verhältnissen und
38 werden in Mosambik als „Madgermanes“ diffamiert.
39
40 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für
41 viele Vertragsarbeitende, die mit geringen Abfindun-
42 gen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wur-
43 den. Die gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein
44 Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an DDR-
45 Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun wei-
46 ter um ihre Existenzen und ihre Daseinsberechtigung

47 kämpfen. Trotz der Herausforderungen entschieden sich
48 20.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutsch-
49 land zu bleiben. Oftmals aufgrund fehlender Alternati-
50 ven gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, dar-
51 unter Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997
52 wurde ihnen ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährte. Der
53 Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres Einsatzes ihr Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham
54 Phi Son kam 1987 als Vertragsarbeiter in die DDR und
55 erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete Niederlassungser-
56 laubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Viet-
57 nam, und seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyễn mit ihm in
58 Deutschland, wo 2017 ihre Tochter Emilia geboren wurde.
59 Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte Aus-
60 landsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen
61 neunmonatigen Aufenthalt in Vietnam, wo er sich wegen
62 einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima
63 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste.
64 Diese Überschreitung führte dazu, dass ihm die Chemnitz-
65 er Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte ent-
66 zog. Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein,
67 unterlag jedoch vor Gericht. Trotz zweier Entscheidungen
68 der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018
69 und 2023, soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit
70 seinem Fall befassen.

72

73 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiederverei-
74 nigung eine Zäsur. Schon in der DDR waren Vertragsarbei-
75 ter*innen mit gesellschaftlichem und strukturellem Ras-
76 sismus konfrontiert, der sich auch in tätlichen Angriffen
77 widerspiegelte, jedoch von der DDR-Führung vertuscht
78 wurde. Nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren,
79 war rechte Gewalt Alltag für migrantisierte Menschen,
80 die dem gesellschaftlichen Rassismus schutzlos ausge-
81 liefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber
82 auch Thiendorf, Freital, und Tambach-Dietharz sind nur ei-
83 nige Beispiele für rechtsextreme Anschlagorte.

84

85 **Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbei-**
86 **ter*innen in der DDR ist bis heute nicht ausreichend auf-**
87 **gearbeitet, deshalb fordern wir:**

- 88 • Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wieder-
89 vereinigung in Deutschland geblieben sind, soll-
90 te eine dauerhafte und planungssichere Option
91 zum Verbleib, wie die Staatsbürgerschaft, ermög-
92 licht werden, um Fäll wie den der Familie Pham zu
93 verhindern.
- 94 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen
95 umgehend an die ehemaligen Vertragsarbeiter*in-
96 nen oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden
- 97 • Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter*innen
98 durch die DDR
- 99 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die

100 Anzahl der in Deutschland beschäftigten Vertrags-
101 arbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in
102 Mosambik und anderen Herkunftsländern.
103 • Ehemalige Wohnheime wie in Pankow sollten nach
104 der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht verlieren
105 und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Ta-
106 feln, Wandgestaltung an ihre ehemaligen Bewoh-
107 ner*innen erkennen.
108 • intersektionales Gedenken an das Mauerfall-
109 Jubiläum, welches auch die Perspektive der ehe-
110 maligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und
111 Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu Wort
112 kommen lässt
113